

# **DROGENMAFIA IN BRASIL IEN UND KOLUMBIEN**

Maria Duftner

Spezialvorlesung aus Politischer Theorie/  
Ideengeschichte  
im Sommersemester 2001 bei O.Univ.Prof. H.E. Kreisky

„Mafiastaat und Staatsmafia“

Wien, Juli 2001

[www.duftner.com](http://www.duftner.com)

Der demokratische Staat als Inbegriff für eine gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Ordnungsmacht. Die Staatsgewalten wurden geteilt, damit diese Macht begrenzt und kontrolliert werden kann. Um der Willkür Einhalt zu gebieten bedient sich der Staat eines komplexen Rechtssystems, das gegenwärtig für viele BürgerInnen undurchschaubar ist. Zerfällt diese politische Ordnung oder befindet sie sich gerade im Aufbau, so können andere oder parallele Machtstrukturen entstehen. Besonders am Beispiel einiger lateinamerikanischen Länder wird dies deutlich.

In einer der größten Weltmetropolen hat die Staatsmacht das Gewaltmonopol in Teilen der Stadt, in denen etwa 36 Prozent der Bevölkerung leben, verloren (vgl. Fatheuer 1994: 25). Es hat den Anschein als würden die ausgebreiteten Arme de Christusstaute<sup>1</sup> auf dem *Corcovado* nicht mehr die Kraft besitzen, die EinwohnerInnen von Rio de Janeiro zu beschützen und vor Unheil zu bewahren. In den *Favelas*, die mittlerweile auch zu einer der Touristenattraktionen zählen<sup>2</sup>, herrschen zumeist eigene Regeln, fernab von rechtsstaatlichen.

*Favelas* sind eigentlich illegale Siedlungen, die vor allem auf den Hügeln in Rio de Janeiro wuchsen. Zumeist mangelt es an Infrastruktur, weder Abwasserleitungen noch Anbindungen an den öffentlichen Verkehr sind vorhanden. Nichtsdestotrotz ist das Bevölkerungswachstum in den *Favelas* überdurchschnittlich hoch. Die Gesamtbevölkerung Rios wuchs zwischen 1980 und 1991 um sieben Prozent, jene in den *Favelas* um 33 Prozent (vgl. Fatheuer 1994: 24).

Viele Brasilianerinnen und Brasilianer ziehen nach Rio de Janeiro, in der Hoffnung, dort eine attraktivere Arbeit zu finden und ein besseres Leben zu leben. Von einer anfänglich geplanten vorübergehenden Unterkunft in einer *Favela*-Hütte wird häufig ein neues Zuhause. Selten wird der Traum von einem besseren Leben war. *Favela*-BewohnerInnen arbeiten als BusfahrerIn, SchaffnerIn oder kümmern sich um die Haushalte der Reichen Rios. Viele aber arbeiten für die lokale Drogenmafia, als Kuriere, Dealer oder sind Teil der Bande, welche als Art Gesetzeshüter für die Drogenbarone fungieren.

---

<sup>1</sup> „Cristo Redentor“

<sup>2</sup> Seit 1991 werden jedes Jahr etwa 1.000 Touristen durch die *Rocinha*, der größten Favela Südamerikas, geführt. Der Preis beträgt 35 US-Dollar pro Person. (vgl.: [http://de.travel.yahoo.com/travel/de/suedamerika/Laender/Brasilien/Reiseziele/Rio\\_de\\_Janeiro/attractionsthree.html](http://de.travel.yahoo.com/travel/de/suedamerika/Laender/Brasilien/Reiseziele/Rio_de_Janeiro/attractionsthree.html) [Stand: 18. Juli 2001]).

Der Überlebenskampf im Hüttenschungel Rios ist jedoch nicht so bösartig, wie viele immer denken. Der *Favelado*, der *Favela*-Bewohner, ist auch nicht anders, er ist freundlich. So Maria da Dores, die in der *Rocinha* wohnt. Sie sagt, dass der *Favelado* grundsätzlich nicht gewalttätig ist, denn wenn er es wäre, bei dem Leben das er führt, so müsse er die ganze Zeit töten und um sich treten. Letztendlich würde er sich selbst umbringen. Nein, eigentlich ist der *Favelado* ein friedlicher Mensch. (vgl. Pfeiffer 1988: 104)

Vor allem der Ehrenkodex der *Favela* spielt eine große Rolle. Einem Gast darf nichts Böses geschehen. Ein zweites wichtiges Gesetz gilt es außerdem in den *Favelas* einzuhalten, keine Überfälle auf BewohnerInnen und NachbarInnen. Die Konsequenzen für einen Bruch dieser Regeln sind überwiegend brutal und enden nicht selten mit dem Tod.

Dem Journalisten Florian Pfeiffer, der Lebensläufe von *Favela*-BewohnerInnen über einen Zehnjahres-Zeitraum verfolgte, wurde eine Tasche aus dem Auto gestohlen. Obwohl die Polizei so gut wie gar nicht präsent ist, hatte er in wenigen Tagen seine Tasche wieder. Die Polizei wäre dazu wohl auch nie in der Lage gewesen. Die *Favelados* suchten den Täter so lange, bis sie die Tasche samt Beute dem Journalisten wieder zurückgeben konnten. Er wurde auch von den Familienmitgliedern seiner Gastgeber durch die *Rocinha* begleitet, um sicher arbeiten zu können.

Florian Pfeiffer verfolgte einige *Favela*-Schicksale in Rio. Frauen, durchwegs früh Kinder in die Welt gesetzt, werden von ihren Männern genauso früh verlassen, wie die Kinder geboren wurden. Nicht selten stecken Frauen Prügel von ihren betrunkenen und frustrierten Männern ein. Pfeiffer kehrte nach Jahren wieder in die *Favela* zurück und traf einen *Favelado*, Tiao wieder. Damals lebte Tiao noch mit seiner Mutter und seinen Geschwistern in einer Holzhütte und hatte Arbeit. Der Vater hatte bei einem Zugunglück beide Beine verloren und lebte vom Betteln in der Stadt, die Familie hatte er verlassen. Mittlerweile ist Tiaos Mutter tot und er Alkoholiker. Er sagt, als seine Mutter noch lebte, hatte er Gründe sauber nach Hause zu kommen. Auf die Frage, warum Tiao nicht wegzieht und ein anderes Leben anfangen will, antwortet er: „Hier ist ein Strand in der Nähe. Südzone. Ein

Ort, wo man alle kennt, eine Gemeinschaft, weißt du. Es ist nicht nur eine dreckige *Favela*."

*Favela* kann nicht automatisch mit Chaos, Gesetzlosigkeit und Gewalttätigkeit verbunden werden. Es gibt eine Ordnung, es ist nur eine andere als jene, die die westliche Demokratie kennt und gewohnt ist. Vor allem mit dem Beginn des lukrativen Drogengeschäfts, begann sich eine hierarchische Struktur in den *Favelas* herauszubilden. An letzter Stelle in der lokalen Hierarchie steht der oberste Drogenboss. Seine Bande und er regieren sozusagen in *Rocinha* mit einer ungewöhnlichen „Mischung aus Brutalität und Solidarität, einer quasi sozialarbeiterischen Fürsorge für die *Favela*-Bewohner.“ (Pfeiffer 1988: 106)

Die Männer der Drogenbosse traten quasi an die Stelle der Polizei. Die Polizei lässt sich eigentlich nie in den Gebieten der Drogenbosse blicken. Die Polizeiposten finden sich selten direkt in einer *Favela*, sie stehen am Rande, um die *Favela*-Struktur nicht zu stören. Die Polizei gilt unter den BewohnerInnen eher als eine Bedrohung. Keiner fühlt sich von ihnen beschützt, niemand traut der Polizei. Thomas Fatheuer beschreibt einen Vorfall aus dem Jahr 1993. Eine Hausangestellte im Alter von 31 Jahren und schwanger, wird von einem Polizisten in einem Durchgang, das durch Erpressungsversuche von Polizisten gegenüber Drogenhändlern entstanden war, erschossen. Daraufhin stürmten *Favelados* den Polizeiposten, es kam zu einer sechsstündigen Schlacht zwischen 200 Polizisten und 2.000 EinwohnerInnen. Die Stürmung des Polizeipostens konnte zwar verhindert werden, jedoch wurde nach diesem Gefecht, im örtlichen Gemeinderat über das Ende dieses Polizeipostens verhandelt. (vgl. Fatheuer 1994: 25)

Die Drogenbanden sind schwer bewaffnet und kontrollieren ihre Reviere, die eigentlich die staatliche Macht überwachen sollte. Sie verteidigen sie gegen andere, wobei es hier zu blutigen und brutalen Auseinandersetzungen kommen kann. Wurden Machtprobleme zwischen den Drogenbossen, die versuchen, ihre Einflussbereiche ständig auszuweiten, beigelegt, so herrscht größtenteils Ordnung. Unnötige Gewalt gilt es möglichst zu vermeiden, dies liegt im Interesse der Bosse. Hauseinbrüche sowie Gewalt auf der Straße kommen eher selten in der *Favela* vor. Nicht zuletzt, weil der Bruch der *Favela*-Gesetze erbarmungslos geahndet wird. Im März 1994 ist eine *Favela*-Bewohnerin überfallen worden, auf Grund

der Beschwerde dieser Frau, wurden die jungen Täter wurden vom lokalen Drogenboss bzw. seiner Bande aufgespürt. Um ihnen eine Lehre zu erteilen, die sie nicht mehr vergessen werden und anderen zu zeigen, die Regeln müssen eingehalten werden, schoss man ihnen ein Loch in die Hand. (vgl. Fatheuer 1994: 28)

Außerhalb der *Favelas*, dort wo die Polizei noch präsent ist, kann jeder tun was er will, solange der Gemeinschaft nicht geschadet wird. Die Gemeinschaft als oberstes Gut. Der Staat rechtfertigt seine Eingriffe in die Freiheit und Privatsphäre seiner BürgerInnen, ähnlich wie die Mafia, mit dem Schutz der Gemeinschaft. Diese Gemeinschaft wird vom Staat genauso geschützt und gefördert wie es hier die Drogenbosse tun. Wenn jemand stirbt und das Geld für die Beerdigung nicht reicht, so kümmert sich der Boss darum. Ist jemand krank und kann sich die Fahrt ins Krankenhaus nicht leisten, dann hilft der lokale Drogenbaron. Gibt es Familienstreitigkeiten und Ehekrach, so schlichtet er. Dort, wo eigentlich die Polizei für Ordnung sorgen soll und die Politik ein soziales Netz garantieren, herrscht eine brutale und skrupellose Drogenmafia, die diese Aufgaben zu Gänze übernommen hat. Sie ist weder demokratisch legitimiert noch hält sie sich an rechtsstaatliche Gesetze, aber die *Favela*-BewohnerInnen akzeptieren sie und verehren oft ihren obersten Chef als Heiligen. Würde ihm etwas zustoßen, kann er oftmals auf die Solidarität seiner Gemeinschaft bauen.

Es wurde regelrecht ein Vertrauensverhältnis zu den EinwohnerInnen hergestellt. Etwas, das selbst viele beliebte PolitikerInnen nie schaffen könnten. Nicht zuletzt, weil dieser nahe Kontakt zu den BürgerInnen und deren Sorgen in einer Massendemokratie nicht möglich ist. Die arme Bevölkerung steht unter dem Schutz der Drogenbarone, sie bauen soziale Einrichtungen, besorgen Strom und schaffen die nötige Infrastruktur. Sie sorgen dafür, dass *Favela*-Gesetze nicht gebrochen werden. So gut wie alle staatlichen Aufgaben und darüber hinaus, übernimmt die lokale Drogenmafia.

Wie im Staat gilt auch hier die unterste Ebene als Stütze für die oberen. Die lokale Drogenmafia sichert sich die Solidarität der Gemeinschaft, um die Produktion sowie den Vertrieb der illegalen Suchtmittel von der Basis weg sicherzustellen. Die Polizei wird möglichst aus dem Einflussbereich der Drogenbanden heraus

gehalten bzw. so weit korrumpiert, dass sie keine Gefahr mehr für das lukrative Geschäft darstellt. Gerade in Mexiko, die Drogenschleuse von Lateinamerika in die Vereinigten Staaten, gilt die Polizei als besonders korrupt, nicht zuletzt, weil ihre Bezahlung seitens des Staates äußerst gering ist (vgl. The Economist 28.10.00<sup>3</sup>).

Ob es nun die *Favelas* in Rio, die Slums in westlichen Hauptstätten oder die ländliche Bevölkerung in den Anbaugebieten ist, die Vorgangsweise ist letzten Endes die gleiche. Menschen, die schwere Schicksale erlitten, vom sozialen Netz fallen gelassen wurden oder nie die Möglichkeit hatten, aus einem Elendsviertel bzw. ihrer systemimmanenten Armut herauszukommen, sind die beste Basis für den Aufbau eines illegalen Geschäfts. Sie sind nichts, haben nichts mehr zu verlieren und versuchen nur ihr Überleben zu sichern, egal welche Risiken es mit sich bringt. Ob es nun Jugendliche in Cali<sup>4</sup> sind, die der Polizei wie auch der lokalen Drogenmafia als Killer oder Drogenverteiler dienen (vgl. ADLAF 1999: 7), oder junge Mütter sind, die als „Mulis“<sup>5</sup> Drogen über die Grenzen schmuggeln, stets werden Menschen in die Abhängigkeit der Drogenmafia getrieben, deren Überlebenschancen ohne deren „Hilfe“ gleich Null wären.

Ebenso ging es unzähligen Bauern in Südamerika, als die Kaffeepreise 1989 auf den internationalen Märkten zusammenbrachen, da die Administration Bush das internationale Kaffeeabkommen zu Fall brachte. Mit dem Anbau der Koka- wie auch Mohnpflanze konnte jedoch das Fortleben der Bauern mehr oder weniger gesichert werden (vgl. Mittermayer 1997: 26-32). Allerdings gerieten sie dadurch in die Abhängigkeit der Drogenkartelle bzw. der Guerilla einerseits und werden andererseits ein weiteres mal zum Opfer. Der amerikanische „war on drugs“, dessen Ziel unter anderem die chemische Zerstörung der Kokaplantagen ist, nimmt ihnen abermals die Grundlage ihres Überlebens (vgl. The Economist 21.04.01: Colombia Survey 7).

---

<sup>3</sup> Im Internet unter:

[http://www.economist.com/surveys/displayStory.cfm?Story\\_id=403190&CFID=67135&CFTOKEN=74054339](http://www.economist.com/surveys/displayStory.cfm?Story_id=403190&CFID=67135&CFTOKEN=74054339) [Stand: 11.07.01].

<sup>4</sup> Stadt in Westkolumbien, die bis zur Zerschlagung des sogenannten Cali-Kartells in den Jahren 1993-95 als dessen Sitz galt.

<sup>5</sup> Sie schlucken Kondome oder Finger von Latexhandschuhen gefüllt mit Kokain, um so die Drogen über Grenzen zu schmuggeln. Nicht selten endet dieser Transport tödlich.

Die von den Bauern geernteten und getrockneten Kokablätter werden ohne weitere Aufbereitung zumeist von inländischen Händlern zu einem äußerst günstigen Preis von 610 US-Dollar per Kilo (vgl. The Economist 28.07.01: A survey of illegal drugs 7) gekauft. Von dort werden sie in versteckte Laboratorien gebracht und zur Kokapaste verarbeitet, die für 860 US-Dollar per Kilo (vgl. ebd.) weiterverkauft wird. Sie wird von so genannten Coca-Tretern, die vielfach nicht älter als 13 Jahre sind, barfuß verarbeitet. Dieser Produktionsprozess der untersten Ebene ist äußerst gesundheitsschädlich, da der Kokapaste diverse Chemikalien wie beispielsweise Kerosin, Schwefelsäure, Azeton uvm. beigemischt wird. Die Treter erstampfen sich höchstens ein paar Dollar oder ein paar Gramm Paste, die angeblich schneller als Crack zur Abhängigkeit führt. Sie sind auch die ersten, die von der Polizei verhaftet werden. (vgl. Mittermayer 1997: 33) Für den Produktionsprozess sind die allgemein so bezeichneten Treter am entbehrlichsten, zumal es an Nachschub nicht mangelt.

Per Lastwagen oder Flugzeug wird die Paste von Zwischenhändlern weiter in hoch technisierte Labors transportiert, die sich nicht direkt bei den Anbaugebieten befinden. In diesen Labors steigert sich der Wert des Produkts bereits um ein Vielfaches. Von dort aus wird es, über diverse Routen und mit Hilfe unterschiedlichster Methoden, weiter in die USA bzw. nach Westeuropa geschmuggelt. Generell von Leuten, die in der hierarchischen Struktur noch verhältnismäßig weit unten stehen, denen jedoch ein möglicher „Karrieresprung“ bei vielen erfolgreichen Fuhren offen steht. Ähnlich wie im „üblichen“ Berufsleben gilt es sich in der selbst geschaffenen Hierarchie des Systems hinaufzuarbeiten. Ist der Stoff schließlich an seinem Bestimmungsort angekommen, beträgt der Wert eines Kilos<sup>6</sup> Kokain bereits 110.000 US-Dollar (vgl. The Economist 28.07.01: A survey of illegal drugs 7).

Von dem kleinen Produzenten über den kleinen Transporteur bis hin zum kleinen Straßendealer ist ein umfangreiches und gut durchdachtes logistisches Netz nötig. Vor allem die Gefahren der diversen Polizeikontrollen müssen mit einkalkuliert werden. Durchwegs werden nur kleine Fische gefangen, die in der Hierarchie des Drogengeschäfts höchstens mittleren Rang erreicht haben. Selbst wenn in den Medien über einen großen Fang berichtet wird, ist es für die mächtigen Kar-

---

<sup>6</sup> Für ein Kilo reines Kokain werden 500 Kilo Kakablätter benötigt (vgl. Lemoine 2001: 18)

telle nur eine kleine Menge, denn ihr logistischer Plan hat solche Verluste längst berücksichtigt. Im Gefängnis landen gewöhnlich nur Leute, die keine Ahnung von den komplexen Strukturen der Drogenmafia und deren Bossen haben.

Die wirklich Großen der Kartelle leben in Luxus und Freiheit, sie sind in der Regel angesehene erfolgreiche Großunternehmer und mächtige Eigentümer von großen Industriekonzernen, deren Aufgabe es ist, das Drogengeld reinzuwaschen. Ein kleiner Teil des Drogengeldes wird für wohltätige Zwecke oder für Infrastrukturaufbau in den Armenviertel von Südamerika verwendet, um sich die Solidarität der „BürgerInnen“ zu kaufen. Pablo Escobar<sup>7</sup>, der von der armen Bevölkerung wegen seiner zahlreichen Wohltaten liebevoll „Don Pablo“ genannt wurde, besaß seine eigenen Zeitungen und wurde 1982 in Medellín zum stellvertretenden Kongressabgeordneten in Bogotá gewählt. Das Kartell hatte schließlich eine eigene Partei, zwei Zeitungen, einen eigenen Kongressabgeordneten und wichtige Verbindungen zu einflussreichen PolitikerInnen und Geschäftsleuten, auch außerhalb der kolumbianischen Grenze. Nicht zuletzt auf Grund der äußerst großzügigen Spenden an andere Parteien, Kirchen und einzelne PolitikerInnen. (vgl. Mittermayer 1997: 45)

Als die Kartelle von Medellín und Cali in den Jahren 1993 bis 1995 langsam mit Hilfe der CIA zerschlagen und die mutmaßlichen Drogenbarone dingfest gemacht bzw. ermordet wurden veränderte sich die Struktur der Drogenmafia in Lateinamerika. An die Stelle der Kooperative von Cali und Medellín traten nun viel kleinere und diffusere Gruppen, die noch schwerer zu orten und zu kontrollieren sind. Ihre Waffen sind nicht mehr primär Pistolen und Gewähre, sondern vielmehr Hightech-Produkte wie Laptops und Satellitentelefone. (vgl. Le Monde diplomatique 12.01.01: 19) Die neuen Bosse sind viel diskreter, den Reichtum sieht man ihnen äußerlich nicht an, sie haben kaum bis gar keine Vorstrafen, sind zwischen 25 und 40 Jahren und stehen einem kleinen Betrieb von etwa 20 MitarbeiterInnen vor (vgl. The Economist 09.09.99). Natürlich arbeiten diese Unternehmen alle zusammen, jedoch weitaus unauffälliger als jene der zerschlagenen, wodurch der Kampf gegen Drogenanbau und -schmuggel in Lateinamerika erneut verschärft wurde.

---

<sup>7</sup> Einer der mächtigsten Drogenbarone von Medellín (Stadt in Nord-West Kolumbien). Er wurde am 2. Dezember 1993, vermutlich unter starker Beteiligung der CIA, ermordet (siehe hierzu: Bowden 2001).

Besonders den Vereinigten Staaten von Amerika, dem größten Drogenkonsumenten der Welt<sup>8</sup>, ist der „war on drugs“ ein wichtiges politisches und vermutlich auch ein wirtschaftliches Anliegen. Bevor sich amerikanische PolitikerInnen den Problemen im inneren des Landes stellen, also sich die Ursachen der Nachfrage anzusehen, richtet die Supermacht alles Augenmerk auf das Angebot bzw. die Produzentenländer. Es wird letzten Endes auf eine Symptombekämpfung gesetzt, deren Erfolge äußerst zweifelhaft erscheinen mögen, werden die Zahlen, Fakten und Langzeitschäden, gesellschaftliche wie politische, genauer betrachtet.

Im Namen dieses „heiligen“ Krieges gegen die Drogen werden Menschenrechte, Rechtsstaat und Umweltschutz zu einer Farce. Wobei die Opfer einmal mehr die ländliche Bevölkerung bzw. die Mittellosen sind. Der *Plan Colombia* sieht eine harte Militäroffensive gegen die Guerilla, Umsiedlungsprogramme sowie eine chemische Zerstörung der Kokaanbaufläche vor. Flugzeuge bestückt mit schwerem Geschütz und hoch giftiger Substanz überfliegen die Anbauggebiete der Bauern in den Bergen Kolumbiens. Bevor sich das Flugzeug seiner chemischen Fracht entledigt, wird wahllos in das Grün geschossen, um Guerilleros oder wer auch immer sich sonst da unten aufhält, den Gar auszumachen. Wer den Kugelhagel überlebt hat wird spätestens beim zweiten Anflug böse überrascht.

Nicht nur die Kokafelder werden chemisch vernichtet, sondern auch Kaffeefelder, Bananenstauden und Yuccapflanzen. Immer wieder wird von Seiten der USA wie der UNO versichert, die chemische Waffen wären biologisch abbaubar und für Mensch wie Tier ungefährlich. Die Betroffenen wissen dabei jedoch ganz anderes zu berichten. Der besprühte Boden lässt die Samen nicht mehr sprießen, Affen sollen sterben und Menschen, die das vergiftete Wasser trinken müssen, bekommen Fieber, Magenschmerzen, Brechreiz und Kopfschmerzen. Dies alles in Regionen, wo Ärzte so rar wie Strom sind. (vgl. Lemoine 2001: 18/19). Welche Langzeitschäden durch die Besprühung entstehen wird sich erst in vielen Jahren zeigen.

---

<sup>8</sup> In den USA werden nach offiziellen Schätzungen Drogen im Wert von etwa 60 Billionen US-Dollar verkauft (vgl. The Economist 28.07.01: A survey of illegal drugs: 3).

Dort, wo sich die großen Kokafelder befinden, wird kaum gesprüht bzw. aus einer Höhe, die den Wirkstoff unschädlich macht. Sie werden nämlich streng und mit schwerem Geschütz von den Guerilleros bewacht. Dafür kassieren die Guerilleros von den Bauern auch eine Steuer, um sich so ihr Überleben sowie den Kauf ihrer Waffen zu sichern. Sie fungieren quasi als Privatarmee für die Drogenmafia.

Die vermeintlich erfolgreiche Vernichtung der Kokapflanze in Lateinamerika führte zwar zu einer Reduktion des Kokaanbaus in Bolivien und Peru, wie die UNO bzw. Pino Arlacchi, der verantwortlich Leiter des UNO-Programms für Drogenkontrolle (UNDCP), immer wieder gern hervorheben. Genauso gern werden jedoch die Zahlen von Kolumbien verschwiegen. Dort hat nämlich der Kokaanbau in den letzten sechs Jahren, trotz Einsatzes von chemischen Waffen um sage und schreibe 250 Prozent zugenommen (vgl. Blickman 2001: 18).

Versuche der Kleinbauern, auf andere Produkte umzusteigen, scheitern überwiegend. Die Kaffeepreise fielen schon lange auf den internationalen Märkten ins Bodenlose, als sich einige auf Weizenanbau spezialisierten, wurde das Saatgut teurer und seit Beginn der 90er wird das Gros des Weizens von den USA importiert. Dadurch mussten die Getreidemöhlen schließen und ein weiteres Mal standen viele ohne Einkommen da. Andere versuchten ihr Glück mit Palmherzen, jedoch die Preise stürzten um 50 Prozent ab. Anfang der 90er war das Land auch noch in seiner Reisversorgung autark, nun werden jährlich 420.000 Tonnen Reis importiert. (vgl. Lemoine 2001: 18/19) Das einzige, was den Bauern noch Geld bringt, ist der Anbau von Koka. Der enorme Absatzmarkt in den westlichen Demokratien macht es möglich, dass durch diese Pflanze der Lebensstandard der kolumbianischen Bergbauern leicht angehoben werden konnte.

Nichtsdestotrotz ist auffallend, dass jegliche Versuche der Bauern scheitern, auf alternative Produkte umzusteigen. Die Preise für landwirtschaftliche Produkte werden, in einer wirtschaftlich vernetzten Welt, längst nicht mehr auf dem kleinen heimischen Markt bestimmt, sondern auf internationalen Finanzmärkten. Nicht selten werden hier Preise künstlich hochgetrieben oder zu Fall gebracht. Daher scheint die Frage, ob nicht auch die Preise für alternative kolumbianische Produkte Opfer von Spekulationen sind, legitim zu sein. Bei einem geschätzten jährlichen Umsatz von 20 Billionen US-Dollar (vgl. The Economist 21.04.01: Co-

lombia Survey 3) steht die Drogenindustrie den großen Konzernen wie beispielsweise Coca Cola, General Motors oder sogar einigen kleinen Staaten, um nichts nach. Das finanzielle Potenzial für umfangreiche Finanzspekulationen wäre somit gegeben. Es ist jedoch ein Leichtes, so einen Verdacht zu äußern, diesen mit Beweisen zu untermauern ist ein weitaus schwierigeres Unterfangen. Die Drogen-gelder werden mit einer unglaublichen Professionalität und mit Hilfe von gut ausgebildeten FinanzberaterInnen rein gewaschen. Dadurch entsteht ein undurchsichtiges Dickicht von Geldtransaktionen das selbst den größten KennerInnen der Drogenmafia Rätsel aufgibt.

Den kolumbianischen Bauern wird auch immer wieder ein Entwicklungsprojekt von Seiten des Staates in Aussicht gestellt, vorausgesetzt die Kokaanbauflächen werden stark reduziert bzw. überhaupt aufgelöst. Sind sie nun dem staatlichen Aufruf nachgekommen und vernichteten die überlebenswichtige Ernte, so hatte dieser plötzlich seine Zusage vergessen. (vgl. Lemoine 2001: 18/19)

Auf die Zusagen der Regierung können sich die Bauern nicht verlassen, denn die halten nicht Wort. Die Drogenhändler hingegen halten ihr Wort, sie kommen und bezahlen gutes Geld für die Ernte, Geld das dringend für Lebensmittel benötigt wird. Im Grunde wäre es Aufgabe der staatlichen Gemeinschaft für eine intakte Wasserversorgung und ein funktionierende Straßennetz zu sorgen, die hält sich jedoch nicht an ihre Zusagen, zumal es hier ebenso an Geld mangelt. Für die Drogenmafia stellt das Geld kein Problem dar, ihre finanzielle Unterstützung macht einen Aufbau der Infrastruktur möglich und sichert das Überleben der Bauern. Im Grunde arbeitet der Staat der Mafia direkt zu, indem er den Bauern nicht gibt, was er verspricht.

Dabei erhielt gerade Kolumbien von der Clinton-Regierung 1,6 Milliarden US-Dollar (vgl. Lemoine 2001: 18/19), allerdings musste dieses Geld für den Kampf gegen Drogen eingesetzt werden. Einerseits werden hiermit die Herbizideinsätze finanziert und andererseits der Kampf gegen die Guerilleros. Wobei die Erfolge dieses Krieges äußerst zweifelhaft sind, im Jahr 1995 gab es ca. 50.000 Hektar Kokafelder, 1999 waren es 120.000 (vgl. Lemoine 2001: 18/19). Im Grunde genommen wäre es besser, mit diesem Geld würden Entwicklungsprojekte finanziert, die den Bauern eine finanzielle Grundlage böten, um nicht mehr primär

vom Kokaanbau und somit von der Drogenmafia abhängig zu sein. Vor allem im Bildungsbereich fehlen enorme Summen und die USA machen Hilfszahlungen vom Kampf gegen die Drogen abhängig.

Dieser Krieg richtet sich ausschließlich gegen die Bauern und deren natürlichen Verbündeten, den Guerilleros genauer gesagt der FARC und ELN. Die Revolutionären Streitkräfte bzw. die nationale Befreiungsarmee schützen die Bauern vor den Sprüheinsätzen. Die Mafia selbst ist von diesem Krieg kaum betroffen. Der amerikanische „war on drugs“ richtet sich nahezu ausschließlich auf die Vernichtung der Anbauflächen und der Produktion in den Entwicklungsländern, wobei Menschenrechtsverletzungen häufig an der Tagesordnung stehen.

Im Grunde wird hier die staatliche Ordnungsmacht selbst zu einer kriminellen Organisation, die die Menschen im gleichen Maße unterdrückt wie es die Drogenmafia macht. Die Maßnahmen gegen die Drogenproduktion sind genauso kriminell. Die BürgerInnen leben in einer ständigen Angst, einerseits vor den gewalttätigen Handlangern der Kartelle und andererseits vor der gewaltbereiten staatlichen Polizei oder Militärs. Der Schutz vor Willkür ist hier nicht mehr vorhanden. Vor allem auch am Beispiel der *Favelas* in Rio de Janeiro wird deutlich, dass die Polizei im Rahmen der Kriminalitätsbekämpfung selbst zu einem Akteur willkürlicher Gewalt wurde. Mittlerweile gibt es in Brasilien mehr Opfer polizeilicher Gewalt als zu Zeiten des Militärregimes. (vgl. ADLAF 1999: 4). Da die Staatsmacht ihr Gewaltmonopol in Teilen Rios vollkommen verloren hat, beschränkt sich die Präsenz der brasilianischen Polizei auf bürgerkriegsähnliche Blitzaktionen, bei denen es unzählige Opfer gibt, die nicht immer den Drogenbanden angehören.

Ebenso in Kolumbien hat der Staat gewisse Gebiete nicht mehr unter seiner Kontrolle. Die kolumbianische Guerilla ist mittlerweile eine offiziell anerkannte Territorialmacht und bildet einen Staat im Staat. Die Guerilla besetzt südlich von Bogotá ein Gebiet ungefähr so groß wie die Schweiz. Diese Region wurde von der kolumbianischen Regierung, im Rahmen der Friedensverhandlungen, offiziell anerkannt. Die kolumbianische Guerilla arbeitet eng mit den Drogenkartellen zusammen bzw. ist sehr eng mit ihr verbunden. Sie hat sich mittlerweile als Wirtschaftsmacht oder Guerillaunternehmen profiliert. (vgl. ADLAF 1999: 4) Der

Staat hat sich als Ordnungsmacht aus den ländlichen Regionen zugunsten der Guerilla bzw. paramilitärischer Einheiten zurückgezogen, seine Regierungsfunktion hat er primär auf das urbane Gebiet beschränkt. Im Grunde funktioniert die Zusammenarbeit bzw. der Informationsaustausch zwischen Zentrum und Peripherie nicht mehr. Es herrschen bürgerkriegsähnliche Zustände in Kolumbien, die durch die Vereinigten Staaten, welche die fortschreitende Militarisierung auch noch fördern, zusätzlich geschürt werden.

Neben den schwer bewaffneten Guerilleros und der kolumbianischen Polizei gibt es noch einen weiteren Akteur der Gewalt. Auf Grund des zunehmenden Verlusts des staatlichen Gewaltmonopols kam es zu einer Privatisierung der Sicherheit. Primär von Wohlhabenden und großen Privatunternehmen finanziert, entstand eine neue paramilitärische Gruppe, die diverse Polizeifunktionen ohne jegliche demokratische Kontrolle übernommen hat. So stehen 120.000 Streitkräften 500.000 private Sicherheitskräfte gegenüber (vgl. ADLAF 1999: 5).

In gewissem Maße hat sich eine Art Gewaltspirale herausgebildet. Die politische Ordnung zerfällt, das System wird korrumpiert. Geld für den Aufbau von Infrastruktur ist nicht vorhanden und kann auch nicht über legale landwirtschaftliche Produkte lukriert werden, da es ständig zu einem Preisverfall an den internationalen Börsen kommt. Eine neue Ordnungsmacht tritt auf. Drogenbanden bzw. Kartelle, ob nun große oder kleine, stellen wieder eine Art Ordnung her, investieren in Infrastruktur, die für die Produktion der Drogen nötig ist. Spenden Gelder für soziale Projekte, um sich so die Solidarität und das Schweigen der BürgerInnen zu kaufen, die durch den Anbau von Koka wieder eine Überlebensgrundlage haben. Eigentlich übernehmen die Banden und Kartelle staatliche Aufgaben, allerdings wenden sie willkürliche Gewalt an, um ihre Position zu sichern und zu stärken. Der Staat hingegen versucht seine Macht wieder zurückzugewinnen und wendet hierzu ebenso willkürlich Gewalt an, wie es die Drogenbanden machen.

Für den Bürger und die Bürgerin bzw. für deren Sicherheit macht es keinen Unterschied mehr, wer nun an der Macht ist, da sie ständig Gefahren ausgesetzt sind. Egal, für welche Seite sich die Bauern und EinwohnerInnen entscheiden, sie werden mit Sicherheit Opfer. Bauen sie auf ihren Feldern Koka an, so haben sie zwar eine Geldquelle, doch besteht die Gefahr, dass ihre Felder durch US-

gesponserte Sprüheinsätze zerstört werden. Bauen sie kein Koka an, werden sie kaum überleben können, da alternative Projekte keine staatliche Unterstützung bekommen und ein Land wie Kolumbien nicht den Preiskampf mit den staatlichen subventionierten landwirtschaftlichen Produkten der USA und Europa aufnehmen kann.

## LITERATUR

ADLAF, Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lateinamerikaforschung (1999): Gewalt und Konfliktregulierung in Lateinamerika: Bericht über die 36. Jahrestagung der ADLAF, Hamburg, 25.-27. November 1999; verfügbar im Internet unter: [www.rrz.uni-hamburg.de/llk/adlaf/tagber99.htm](http://www.rrz.uni-hamburg.de/llk/adlaf/tagber99.htm) [Stand 11.07.01].

Blickman, Tom (2001): Moral gegen Vernunft. In: Le Monde diplomatique Nr. 6374 vom 16.02.2001; Seite 18

Bowden, Mark (2001): Killing Pablo: The Hunt for the World's Greatest Outlaw, Atlantic Monthly Press

Fatheuer, Thomas (1994): Jenseits des staatlichen Gewaltmonopols Drogenbanden, Todesschwadronen und Profiteure: die andere Privatisierung von Rio de Janeiro. In: Drimoser, Dieter (Hg.): Jenseits des Staates?, Bad Honnef; Seite 23-35

Lemoine Maurice (2001): Krieg den Hütten, Friede dem Kartell. In: Le Monde diplomatique Nr. 6344 vom 12.01.2001; Seite 18-19

Mittermayer, Maria (1997): Drogengeschäft und Drogenkrieg – zwei Aspekte der US-lateinamerikanischen Beziehungen – unter besonderer Berücksichtigung der Bush-Regierung und Kolumbiens, Univ. Wien, Dipl.-Arb.

Pfeiffer, Florian (1988): „Denn wer nicht stirbt, wird alt“, In: GEO Special Brasilien Nr. 1/Mittwoch, 10.2.1988; Seite 104-107.